

Geschichte des Verbands

1819

Louise Otto, Schriftstellerin und Wegbereiterin der deutschen Frauenbewegung, in Meißen geboren

1843

in der öffentlichen Polemik über die Beteiligung der Frauen am politischen Leben des Staates, die in den von Robert Blum redigierten "Sächsischen Vaterlands-Blättern" entbrannte, skizziert Louise Otto wesentliche Elemente ihres frauenemanzipatorischen Programms

1849/1853

Louise Otto gibt die "Frauen-Zeitung" unter dem Motto "Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen" heraus

1865

Oktober: erste gesamtdeutsche Frauenkonferenz u. Gründung des "Allgemeinen Deutschen Frauenvereins" (ADF) in Leipzig. Erste Vorsitzende Louise Otto-Peters. Dezember: Erscheinen der Vereinszeitschrift "Neue Bahnen"

1866

Juni: erste Generalversammlung des ADF in Leipzig; Berichte über die Gründung erster Lokalvereine in Kassel, Leipzig, Braunschweig, Hamburg, Lissa, Fraustadt, Wolfenbüttel, Prag usw.;

Beginn des Petitionskampfes um die Berufstätigkeit und die Bildung der Frauen

1888

Minna Cauer (1841-1922) ruft den Verein "Frauenwohl" ins Leben

1889

Helene Lange, Minna Cauer, Franziska und Henriette Tiburtius u.a. errichten in Berlin die Realkurse für Frauen, die 1893 in die Gymnasialkurse umgewandelt werden und 1896 die ersten sechs Abiturientinnen vorbereiten

1894

auf Initiative von Hanna Bieber-Boehm, Anna Simson und Auguste Förster wird der Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) gegründet, in dem die Vertreterinnen des ADF eine führende Rolle übernehmen und die Interessen des zahlenstärksten, gemäßigten Flügels der Frauenbewegung vertreten

1895

Louise Otto-Peters stirbt in Leipzig; Auguste Schmidt (1833-1892) wird 1. Vorsitzende

1902

Helene Lange (1848-1930) wird 1. Vorsitzende; der Sitz des ADF wird von Leipzig nach Berlin verlegt

1905/1921

Verlagerung des Schwerpunktes der Vereinsarbeit auf die kommunalpolitische Ebene

1907

Einrichtung der "Auskunftsstelle für Gemeindeämter der Frau" durch Jenny Apolant in Frankfurt am Main

1921

Dr. Dorothee von Velsen (1863-1970) wird 1. Vorsitzende; zur kommunalen Arbeit kommen als zweiter Schwerpunkt die internationalen Aufgaben hinzu

1923/1928

wegen des Anschlusses des ADF an den "Weltbund für Frauenstimmrecht und staatsbürgerliche Arbeit" als Deutscher Zweig Umbenennung in "Deutscher Staatsbürgerinnenverband"

1933

Selbstauflösung des Verbandes, um nicht mit faschistischen Verbänden gleichgeschaltet zu werden

1947

Wiederbeginn als "Notgemeinschaft 1947", 1. Vorsitzende Dr. Else Ulich-Beil (1886-1965)

1949

nach der Konstituierung der Bundesrepublik Rückbenennung in "Deutscher Staatsbürgerinnen-Verband"

1950

Einrichtung eines Internationalen Studienheimes in Berlin mit Hilfe der International Alliance of Women (IAW)

1950 bis 1990

jährlich eine "Tagung für Gesamtdeutsche Fragen" in Berlin

1953

Betreuung von Flüchtlingen aus der DDR nach dem 17. Juni; Unterkunft und Unterstützung von Abiturienten aus Ostdeutschland

1959

Gründung der Landesverbände Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen; in den darauf folgenden Jahren: Hamburg (1960-65, 1970), Hessen (1961), Niedersachsen (1962), Bayern (1965-78) und Schleswig-Holstein (1966)

1959/1989

Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen; im Studienheim haben politische Häftlinge und Übersiedler eine Anlaufstelle

seit 1982

jährliche Ehrung der "Frau des Jahres"

1994/1995

Projekt "Zusammenwachsen. Frauen fördern die innere Einheit Deutschlands"

seit 1996

Integrationsprojekte für Russlanddeutsche Frauen, darunter Projekt "Integrationsmaßnahmen und Berufsorientierung für Aussiedler"

seit 2001

zur Erschließung und Edition der Tagebücher und Briefe von Louise Otto-Peters in Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig, gefördert durch die Fritz-Thyssen-Stiftung

2004

Mitarbeit bei der Organisation des 100. Gründungsjubiläums der International Alliance of Women in Berlin

2005

Neugründung des Internationalen Ausschusses